

Unterrichtung

über die öffentliche Sitzung des Ortsgemeinderates der Ortsgemeinde Malborn am Montag, dem 24. Oktober 2011 um 19.30 Uhr im Bürgerhaus in Thiergarten

Gemäß § 34 GemO hatte Ortsbürgermeisterin Neurohr als Vorsitzende die Mitglieder des Ortsgemeinderates durch schriftliche Einladung zu einer öffentlichen Sitzung eingeladen.

Ortsbürgermeisterin Neurohr eröffnete die Sitzung und begrüßte die Anwesenden.

Sie stellte fest, dass die Mitglieder des Ortsgemeinderates nach ordnungsgemäßer Einladung in beschlussfähiger Zahl erschienen waren.

Gegen Form und Frist der Einladung wurden keine Bedenken erhoben.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen der Ortsbürgermeisterin
 - a) DSL-Breitbandversorgung der Ortsgemeinde Malborn
 - b) Forstwirtschaftsplan
 - c) Werbung für Gewerbegebiete
 - d) Bauvoranfrage zur Nutzungsänderung Grundstück Gemarkung Malborn Flur 28, Flurstück 49
 - e) Windenergienutzung
2. Kommunal- und Verwaltungsreform;
Antrag auf Einberufung einer Bürgerversammlung mit anschließender Bürgerbefragung
3. Übertragung von Aufgaben auf den Bau- und Liegenschaftsausschuss zur abschließenden Entscheidung für folgende Angelegenheiten:
 - a) Straßenreparatur und Bordsteinsanierung
 - b) Material- und Geräteabstellraum am Bürgerhaus Thiergarten
 - c) Stützmauer Grundschule
 - d) Eingangsbereich und Einzäunung Kindertagesstätte
 - e) Ortskernentwicklung Malborn;
Abbruch Wohngebäude In der Träf 13
 - f) Bürgerhaus Thiergarten;
Asphaltierung Parkplatz
4. Informationen
 - a) Straßenausbau „Auf der Buhs“ und „In der Träf“
 - b) Sachstand Einrichtungsgegenstände Bürgerhaus/Steinkopfhalle
 - c) Rechtsstreit Hinternerder

- 2 -

Zu Top 1: (Mitteilungen der Ortsbürgermeisterin)

- a) DSL-Breitbandversorgung der Ortsgemeinde Malborn

Die Ortsbürgermeisterin teilte mit, dass der Fertigstellungstermin ursprünglich für den 20.10.2011 festgelegt worden sei. Dieser verschiebe sich nunmehr voraussichtlich bis Mitte November.

b) Forstwirtschaftsplan

Die Vorsitzende teilte mit, dass der Forstwirtschaftsplan demnächst zur Beratung vorliegen werde.

c) Werbung für Gewerbegebiete

Ortsbürgermeisterin Neurohr teilte mit, dass der Trierische Volksfreund eine Werbeseite für Gewerbegebiete erstellen möchte. Die Anzeigen würden je nach Größe 400 € bis 1.000 € zuzügl. MwSt. kosten.

d) Bauvoranfrage zur Nutzungsänderung Grundstück Gemarkung Malborn Flur 28, Flurstück 49

Die Ortsbürgermeisterin informierte über die Bauvoranfrage der AG Starthilfe e.V. zur Nutzungsänderung. Die Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich habe entschieden, dass für die Einrichtung einer Intensivwohngruppe für Jugendliche keine Nutzungsänderung erforderlich sei.

e) Windenergienutzung

Die Vorsitzende verwies auf die den Ratsmitgliedern vorliegende Schreiben der Planungsgemeinschaft Region Trier zur Windenergienutzung in der Regional- und Bauleitplanung. Zwischenzeitlich habe sie mit Herrn Revierleiter Diemer ein Gespräch zur fachlichen Beurteilung geführt. Er habe sich bereit erklärt, an einem Informationsgespräch teilzunehmen. Dieses solle voraussichtlich im Frühjahr nächsten Jahres stattfinden.

- 3 -

Zu Top 2: (Kommunal- und Verwaltungsreform; Antrag auf Einberufung einer Bürgerversammlung mit anschließender Bürgerbefragung)

Einleitend teilte Ortsbürgermeisterin Neurohr mit, dass 10 Ratsmitglieder mit Schreiben vom 03.09.2011 die Beratung des Tagesordnungspunktes gemäß § 34 Abs. 1 GemO beantragt hätten. Bereits in mehreren Sitzungen habe sich der Ortsbeirat und der Ortsgemeinderat mit der Angelegenheit befasst. Der Verbandsgemeinderat habe unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben in seiner Sitzung am 28.09.2011 beschlossen, zunächst mit der Einheitsgemeinde Morbach Gespräche zu führen.

Anschließend informierte Bürgermeister Dellwo über den Sachstand der Kommunal- und Verwaltungsreform. Zunächst verwies er auf den Koalitionsvertrag der Landesregierung. Diese habe die konsequente Fortsetzung des ersten Landesgesetzes zur Kommunal- und Verwaltungsreform vom 28.09.2010 beschlossen. Dies bedeute, dass die in der ersten Stufe eingeleiteten Schritte auf der Ebene der Verbandsgemeinde fortgesetzt werden soll. Hierbei sollen auf freiwilliger Basis Verbandsgemeinden mit einer Mindestgröße von 12.000 Einwohnern gebildet werden. Bei Einheitsgemeinden würden 10.000 Einwohner ausreichen. Eine seitens der Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf beantragte Ausnahmegenehmigung bezüglich der erfolgten Einstufung als Kommune mit vordringlichem Gebietsänderungsbedarf sei bereits in einem frühen Stadium seitens des Ministeriums negativ beschieden worden. Somit sei die Verbandsgemeinde gezwungen, innerhalb der Freiwilligkeitsphase bis zum 30.06.2012 einen geeigneten Partner zu suchen. Andernfalls werde es zu einer gesetzlichen Zwangsfusion kommen. Gründe für die Bildung größerer Einheiten seien die Leistungsfähigkeit, der demographische Wandel und die Verwaltungskraft für den

Zeitraum der nächsten 10 bis 20 Jahre. In diesem Zusammenhang verwies er auch auf die erfolgten bzw. derzeitigen Reformen bei den Landesbehörden.

Bürgermeister Dellwo schilderte die Entstehungsgeschichte der Verbandsgemeinde ab der Verwaltungsreform in den Jahren 1969/1970. Er wies darauf hin, dass zum damaligen Zeitpunkt dem damaligen Amt Thalfang zusätzliche Gemeinden von anderen Ämtern zugeordnet wurden. Auch seien die Verbandsgemeinden ab diesem Zeitpunkt mit eigenen Aufgaben ausgestattet worden. Der seit dieser Zeit getätigte Investitionsaufwand habe zu einer guten Infrastruktur der Ortsgemeinden, so auch der Ortsgemeinde Malborn und dem Ortsteil Thiergarten geführt. Dies sei ein Verdienst der Kommunalpolitik sowie allen Bürgerinnen und Bürgern.

Weiterhin informierte er über die bisher geführten Sondierungsgespräche mit den Nachbarverbandskommunen Neumagen-Dhron, Birkenfeld, Hermeskeil und der Einheitskommune Morbach. Gemeinsam mit den kommunalen Nachbarn habe man in verschiedenen Bereichen die interkommunale Zusammenarbeit gestaltet und aufgebaut. So z. B. im Zweckverband HuMos, den Aufgabenbereichen Abwasser, Brandschutz, Touristik etc.. Diese guten Beziehungen sollten auch in Zukunft weiter geführt werden. Die normalen Verkehrsflüsse zu Arbeitsstellen, Kaufverhalten, Arztbesuche etc. würden trotz der Verwaltungsreform weiter bestehen bleiben.

Ziel der Verbandsgemeinde sei es, dass alle 21 Ortsgemeinden der Verbandsgemeinde zusammen bleiben um als starker Partner bei Fusionsgesprächen aufzutreten damit das Optimale erreicht werde. Es komme darauf an, wo die Ortsgemeinden am besten aufgehoben sein werden. Hierbei sei auch zu beachten, dass bei einem Ausscheren einzelner Ortsgemeinden die in der Gemeinschaft verbleibenden Ortsgemeinden das Negative übernehmen müssen. Auch die Kleinstgemeinden bräuchten eine starke Vertretung. In Zukunft sollten die Ortsgemeinden weiterhin eine gute Basis für Betriebe, Handel, Handwerk und Arbeitsplätze sein.

In der Sitzung des Verbandsgemeinderates habe der Landrat erklärt, dass der Landkreis zwischenzeitlich Beschlüsse gefasst habe, künftigen Gebietsänderungen zu Lasten des Landkreises nicht mehr zu entsprechen, um nicht die Substanz des Landkreises zu gefährden. Die verbleibenden Gemeinden seien gezwungen, die finanziellen Belastungen aufzufangen.

Der Arbeitskreis der Verbandsgemeinde habe mehrmals getagt und die Entscheidungen des Haupt- und Finanzausschusses sowie des Verbandsgemeinderates maßgeblich vorbereitet. In der Sitzung des Verbandsgemeinderates am 28.09.2011 hätten die Fraktionen des Verbandsgemeinderates die Mehrheitsentscheidung getroffen, dass

1. die weitere Vorgehensweise in der laufenden Freiwilligkeitsphase der Kommunalreform auf Basis des Kreistagsbeschlusses bezüglich der Einhaltung der Kreisgrenzen, auch vor dem Hintergrund der z.Zt. nicht vorgesehenen Kreisreform zu vollziehen.
2. der bestehende Grundsatzbeschluss des Verbandsgemeinderates zur Fusionierung der Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf nur als „Ganzes“ nochmals bekräftigt wird.
3. der verbandsfreien Gemeinde Morbach das Angebot zur Führung ergebnisoffener Fusionsgespräche unterbreitet werde.

Er wies darauf hin, dass die Gespräche im Interesse aller Ortsgemeinden geführt werden. Diese könnten gelingen aber auch scheitern. Sollte es zu keiner Einigung kommen, erfolge eine Zwangsfusion seitens des Landes. Es werde jedoch die Bürgerbeteiligung beachtet.

Auf Anfrage von Ratsmitglied Lang teilte Bürgermeister Dellwo mit, dass bisher nur Sondierungsgespräche geführt worden seien. Bei einem Wechsel des Landkreises sei zu bemerken, dass der Landrat des Landkreises Bernkastel-Wittlich erklärt habe, dass der Kreistag ein Veto einlegen werde. Auch sei zu beachten, dass der Landkreis Trier-Saarburg größer sei und daher kein Bedarf bestehe Ortsgemeinden abzugeben. Wahrscheinlich sei aber, dass in einigen Jahren, wenn auch nicht in dieser Legislaturperiode eine Kreisreform stattfinde. Derzeit hätten in Rheinland-Pfalz lediglich zwei Fusionen auf freiwilliger Basis stattgefunden.

Anschließend beschloss der Ortsgemeinderat zur Anhörung der anwesenden Zuhörer eine Sitzungsunterbrechung.

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

Während der Anhörung stellten verschiedene Zuhörer Fragen zur zukünftigen Struktur der Ortsgemeinden, insbesondere deren Eigenständigkeit, und der Verbandsgemeinde sowie einer Beteiligung der Bürger.

Bürgermeister Dellwo machte deutlich, dass zunächst Fusionsgespräche durchgeführt werden. Über einen abzuschließenden Vertrag mit dem zukünftigen Fusionspartner müssten alle Ortsgemeinderäte beraten. Für eine Zustimmung sei mehr als die Hälfte der Ortsgemeinden mit der Mehrheit der Stimmen der Einwohner in der jeweiligen Verbandsgemeinde erforderlich. Die Eigenständigkeit der Ortsgemeinden stehe nicht zur Disposition.

Nach einstimmigem Beschluss des Ortsgemeinderates wurde die Anhörung beendet und die Sitzung wieder aufgenommen.

Anschließend erläuterte Ratsmitglied Lauer den Antrag der Ratsmitglieder auf Einberufung einer Bürgerversammlung. Innenminister Bruch habe seinerzeit ausgesagt, dass die Kreis-

- 5 -

grenzen kein Hindernis bei den freiwilligen Fusionen darstellen und alles möglich sei. Der Ortsgemeinderat habe sich bereits in der Vergangenheit mit dem Thema befasst und Beschlüsse gefasst. Die Aussage des Landrates, dass keine Gemeinden aus dem Landkreis Bernkastel-Wittlich entlassen werden und der Beschluss des Verbandsgemeinderates vom 28.09.2011 hätten dazu geführt, dass der Antrag gestellt worden sei. Zunächst sei der Ortsgemeinderat seinen Bürgern verpflichtet. Wunsch derer sei es, nach Hermeskeil zu wechseln. Deshalb solle zunächst eine Bürgerversammlung zur Information einberufen werden und anschließend eine Bürgerbefragung erfolgen.

Ratsmitglied Justinger regte an, die Bürger über die derzeitigen finanziellen Belastungen bei Zugehörigkeit zur Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf und dem Landkreis Bernkastel-Wittlich sowie zur Verbandsgemeinde Hermeskeil und dem Landkreis Trier-Saarburg durch Veröffentlichung im Amtsblatt zu informieren. Ratsmitglied Lauer sagte, dass die Mehrheit der Ratsmitglieder dies ablehne. Es sollen nur die in der Bürgerversammlung vorgetragene Argumente zur Entscheidungsfindung führen, ähnlich wie in den Bürgerversammlungen der Verbandsgemeinde Neumagen-Dhron. Hier seien Wasser- und Abwassergebühren, Müllgebühren und Regionalklassen kein Thema gewesen. Zur Bürgerversammlung sollen der Landrat des Landkreises Bernkastel – Wittlich, die Bürgermeister der Verbandsgemeinden Thalfang am Erbeskopf, Hermeskeil und der Einheitsgemeinde Morbach eingeladen werden.

Ortsbürgermeisterin Neurohr wies darauf hin, dass nach Information des Gemeinde- und Städtebundes Rheinland - Pfalz eine Bürgerbefragung nicht gesetzlich geregelt und nicht rechtsverbindlich sei. Die Durchführung eines Bürgerentscheides habe der damalige Ortsgemeinderat am 28.04.2009 für den Fall beschlossen, dass die Bemühungen der Ver-

bandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf, einen gleichwertigen Partner zu finden, scheitern sollten. Der Gemeinde- und Städtebund empfehle, die gleichen Kriterien wie bei einem Bürgerentscheid anzuwenden.

Bürgermeister Dellwo sagte die Unterstützung der Verwaltung bei der Bürgerbefragung zu.

Anschließend fasste der Ortsgemeinderat entsprechend dem vorliegenden Antrag folgenden Beschluss:

1. Kurzfristig soll eine Bürgerversammlung mit dem Thema „Beitritt der Ortsgemeinde Malborn-Thiergarten zur Gemeinde Morbach oder VG Hermeskeil“ einberufen werden.
2. Anschließend soll eine Bürgerbefragung mit dem Inhalt
 - Beitritt zur Gemeinde Morbach oder
 - Beitritt zur VG Hermeskeildurchgeführt werden.

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

Zu Top 3: (Übertragung von Aufgaben auf den Bau- und Liegenschaftsausschuss zur abschließenden Entscheidung für folgende Angelegenheiten:

Einleitend führte Ortsbürgermeisterin Neurohr aus, dass sie für die einzelnen Maßnahmen zwischenzeitlich Angebote eingeholt habe. Die Gesamtausgaben würden innerhalb des im Haushaltsplan vorgesehenen Budgets in Höhe von 70.000 € liegen. Jedoch sei es möglich, dass die vorgesehenen Mittel in Höhe von 7.500 € für den Abbruch des Wohngebäudes In

- 6 -

der Träf 13 und die Herstellung des Baugrundstückes zur Veräußerung nicht ausreichen werden. Dies sei durch die Kosten für eine fachgerechte Entsorgung des mit Welleternit eingedeckten Daches bedingt. Die Mehrkosten könnten jedoch durch Eigenleistung und Minderaufwendungen bei anderen Maßnahmen kompensiert werden.

Sie empfahl, aus Gründen der Dringlichkeit die einzelnen Maßnahmen zur abschließenden Entscheidung auf den Bau- und Liegenschaftsausschuss zu delegieren.

In der nachfolgenden Beratung bestätigte der Ortsgemeinderat die Auffassung, dass die Durchführung der Maßnahmen dringend erforderlich seien und keinen Aufschub duldeten. Alsdann wurden folgende Beschlüsse gefasst:

a) Straßenreparatur und Bordsteinsanierung

Zunächst teilte Ratsmitglied Lauer mit, dass trotz der Ausbesserung im vergangenen Jahr die Schlaglöcher im Tannenweg nochmals ausgebessert werden müssten.

Der Ortsgemeinderat beschloss, die Maßnahme zur abschließenden Beratung und Beschlussfassung an den Bau- und Liegenschaftsausschuss zu delegieren. Sofern die Arbeiten nicht abgeschlossen werden können, sollen die nicht in Anspruch genommenen Haushaltsmittel in das Jahr 2012 übertragen werden. Die Ausbesserung der Schlaglöcher im Tannenweg sollen ebenfalls berücksichtigt werden.

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

b) Material- und Geräteabstellraum am Bürgerhaus Thiergarten

Der Ortsgemeinderat beschloss, die Maßnahme zur abschließenden Beratung und Beschlussfassung an den Bau- und Liegenschaftsausschuss zu delegieren. Sofern die Arbeiten nicht abgeschlossen werden können, sollen die nicht in Anspruch genommenen Haushaltsmittel in das Jahr 2012 übertragen werden.

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

c) Stützmauer Grundschule

Der Ortsgemeinderat beschloss, die Maßnahme zur abschließenden Beratung und Beschlussfassung an den Bau- und Liegenschaftsausschuss zu delegieren. Sofern die Arbeiten nicht abgeschlossen werden können, sollen die nicht in Anspruch genommenen Haushaltsmittel in das Jahr 2012 übertragen werden.

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

d) Eingangsbereich und Einzäunung Kindertagesstätte

Der Ortsgemeinderat beschloss, die Maßnahme zur abschließenden Beratung und Beschlussfassung an den Bau- und Liegenschaftsausschuss zu delegieren. Sofern die Arbeiten nicht abgeschlossen werden können, sollen die nicht in Anspruch genommenen Haushaltsmittel in das Jahr 2012 übertragen werden.

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

e) Ortskernentwicklung Malborn; Abbruch Wohngebäude In der Träf 13

Der Ortsgemeinderat beschloss, die Maßnahme zur abschließenden Beratung und Beschlussfassung an den Bau- und Liegenschaftsausschuss zu delegieren. Sofern die Arbei-

ten nicht abgeschlossen werden können, sollen die nicht in Anspruch genommenen Haushaltsmittel in das Jahr 2012 übertragen werden.

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

f) Bürgerhaus Thiergarten; Asphaltierung Parkplatz

Der Ortsgemeinderat beschloss, die Maßnahme zur abschließenden Beratung und Beschlussfassung an den Bau- und Liegenschaftsausschuss zu delegieren. Sofern die Arbeiten nicht abgeschlossen werden können, sollen die nicht in Anspruch genommenen Haushaltsmittel in das Jahr 2012 übertragen werden.

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

Abschließend wurden folgende Termine festgelegt:

29.10.2011, 10.00 Uhr, Treffpunkt Bürgerhaus Thiergarten: Ortsbesichtigung der einzelnen Maßnahmen durch den Bau- und Liegenschaftsausschuss

03.11.2011, 19.30 Uhr, Gasthaus Bernard: Sitzung des Bau- und Liegenschaftsausschusses

Zu Top 4: (Informationen)

a) Straßenausbau „In der Buhs“ und „Auf der Träf“

Ratsmitglied Weirauch erinnerte an die Mängelbeseitigung.

b) Sachstand Einrichtungsgegenstände Bürgerhaus/Steinkopfhalle

Auf Anfrage von Ratsmitglied Lauer teilte Ortsbürgermeisterin Neurohr mit, dass die Tische in Kürze bestellt werden.

c) Rechtsstreit Hinterneder

Die Ortsbürgermeisterin teilte mit, dass es sich bei den durchgeführten Arbeiten um Restleistungen der Verbandsgemeinde aufgrund des ergangenen Urteiles handelte.